

Antworten der Direktkandidat/innen auf den CorA-Lobbyletter zur Forderung eines Aktionsplans sozial-ökologische Beschaffung

Stand 28.09.2009

Das CorA – Netzwerk für Unternehmensverantwortung hat am 19. August 2009 1364 Briefe an die Direktkandidat/innen der Parteien CDU/CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP verschickt (ca. 120 Briefe waren nicht zustellbar). In dem Brief fordert CorA einen Aktionsplan sozial-ökologische Beschaffung, der folgende Maßnahmen umfasst:

1. Der Bund soll präzise Kriterien für einzelne Produktgruppen entwickeln.
2. Der Bund soll eine Servicestelle zur Unterstützung der Beschaffungsstellen einrichten.
3. Der Bund soll seine eigene Beschaffung nach sozial-ökologischen Kriterien ausrichten, bis 2014 zu 50% und bis 2018 zu 100%.

Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden aufgefordert, zu diesen Forderungen Stellung zu beziehen und darzulegen, inwiefern sie sich für eine sozial-ökologische Umstellung der Vergabepaxis einsetzen werden. Bis zum 28.09.2009 erhielt CorA insgesamt 157 Antworten, wovon allein 102 Antworten von Kandidatinnen und Kandidaten der Partei Bündnis90/Die Grünen verschickt wurden.

Mit Ausnahme der Kandidat/innen der FDP unterstützen alle anderen die Forderung nach einer sozial-ökologischen Beschaffung, allerdings beziehen sie sich in unterschiedlichem Maße auf die Maßnahmen des Aktionsplans. Während CDU/CSU und SPD sich nur auf einzelne Maßnahmen positiv beziehen, unterstützen Bündnis90/Die Grünen und die Linken weitgehend die Vorschläge von CorA.

CDU/CSU: Die 10 Direktkandidat/innen der CDU/CSU unterstützen allgemein die Forderung nach einer sozial-ökologischen öffentlichen Beschaffung, aber nur zwei der Kandidaten unterstützen die Forderung nach einer Servicestelle. Es wird dabei besonders die Abschaffung von Kinderarbeit hervorgehoben. Neben den teilweise einheitlichen Briefen der Direktkandidat/innen erhielt CorA ein Schreiben der CDU-Bundespartei und der CSU Bayern.

SPD: Die 16 Direktkandidat/innen der SPD unterstützen ebenfalls die Forderung nach einer sozial-ökologischen öffentlichen Beschaffung, die Forderung nach einer Servicestelle greifen vier der Kandidat/innen positiv auf. In den zum Teil einheitlichen Schreiben werten die Kandidat/innen die Novellierung des Vergaberechts als einen ersten Erfolg. Die Umwandlung der Kann-Regelung in eine Muss-Regelung, was gegen CDU/CSU in der letzten Legislaturperiode nicht durchzusetzen war, bleibt ein Ziel der Partei.

Die Linke: Die elf Direktkandidat/innen von Die Linke unterstützen nicht nur allgemein die Forderung nach einer sozial-ökologischen öffentlichen Beschaffung, sondern auch weitgehend die von CorA geforderten Maßnahmen. Auch hier entsprechen die Antworten zum Teil einer einheitlichen Stellungnahme der Bundespartei.

Bündnis 90/Die Grünen: Die 102 Direktkandidat/innen von Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für eine sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe ein und unterstützen weitgehend die Forderungen von CorA. Zusätzlich zu den oftmals einheitlichen Briefen der Kandidatinnen und Kandidaten erhielt CorA ein Schreiben der Bundestagsfraktion. In den Antwortschreiben liegt der Schwerpunkt oftmals auf ökologischer Beschaffung, so zitieren dann auch viele der Kandidat/innen die Forderungen der Grünen im Antrag „Ökoeffiziente Beschaffung auf Bundesebene durchsetzen“ aus dem Jahr 2007.

FDP: Die 19 Direktkandidat/innen der FDP lehnen, mit der Ausnahme einer Kandidatin, die alle Forderungen von CorA unterstützt, in einem einheitlichen Schreiben die Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung ab. Sie argumentieren mit dem hohen Aufwand sowie mit dem möglichen Tatbestand einer Diskriminierung oder eines ungerechtfertigten Handelshemmnisses im Rahmen der WTO. Der Abschluss der Doha-Runde der WTO wird dann auch als wirksameres Instrument zur Abschaffung der Kinderarbeit aufgeführt.